

Koalitionsverhandlungen zu Bildung: Die Landesregierung muss ihrem eigenen Bildungsauftrag gerecht werden

Potsdam, 11.11.2024 Schule und Bildungseinrichtungen sind nicht die einzigen Möglichkeiten, wie Menschen Demokratie erleben und leben können. Die Art und Weise, wie die Landesregierung regiert, beeinflusst die politische Beteiligung und Bildung wesentlich. Das Klimabündnis Brandenburg, das sich stark macht für eine Berücksichtigung von Klimaaspekten in der Landespolitik, fordert die neue Landesregierung auf, sich selbst in die Pflicht zu nehmen und im Koalitionsvertrag die Vorbildrolle der Landesregierung im Sinne der politischen Bildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zu verankern.

Politische Bildung durch transparente Politik und Beteiligung unterstützen

„In einer Zeit, in der Themen wie internationale Konflikte, Migration und Klimawandel Menschen in ihrer Lebensrealität und ihren Meinungen stark bewegen, hat die Landesregierung die Chance, verloren gegangenes Vertrauen durch transparente Politik und echte Beteiligungsmöglichkeiten wiederherzustellen. Wenn die Bevölkerung stärker einbezogen wird, stärkt das nicht nur das Vertrauen in die politische Arbeit, sondern fördert auch das Interesse an politischer Bildung und demokratischer Mitgestaltung“, meint Magdalena Eder vom Klimabündnis Brandenburg.

Für die Themen rund um Klimawandel und Klimaschutz sieht das Klimabündnis Brandenburg ein hohes Potenzial im Format der Bürger*innenräte. Insbesondere zu wichtigen Transformationsthemen wie Artenschutz und Erneuerbaren Energien bietet das Format ein Forum, um unterstützt in einen Austausch zu kommen und in einem demokratischen Dialog Lösungen zu erarbeiten.

Neben den Bürger*innenräten sind Volksbegehren und Bürger*innenentscheide weitere Instrumente für direkte Beteiligung an politischen Prozessen. Die Bündnismitglieder haben Erfahrung mit diesen Instrumenten und sind sich einig, dass Themenausschlüsse und das Verbot der freien Sammlung von Unterschriften diese Form der Beteiligung in Brandenburg aufwändig und unattraktiv machen.

Neben der Erleichterung der Bürger*innenbeteiligung fordert das Bündnis auch ein Transparenzgesetz, das ermöglicht, Gesetzentwürfe digital öffentlich zu diskutieren und die Entscheidungsprozesse der Politik nachvollziehbarer macht. Konkrete Unterstützung fordert das Bündnis für zivilgesellschaftliche Organisationen, die häufig als Brücken zwischen Politik und Zivilgesellschaft fungieren, und Kommunen, die den notwendigen Wandel angesichts Klimaschutz und Erneuerbarer Energien gestalten müssen. „In vielen sozialen Bereichen wird unsere Gesellschaft durch das Engagement von Bürger*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen getragen.“, sagt Magdalena Eder. Hier müsse das Land Brandenburg eine zentrale Anlaufstelle schaffen, die die Kommunen bei kritischen Projekten unterstützt und ihre Kompetenzen zur Bürgerbeteiligung stärkt.

Der Strukturwandel in der Lausitz als Chance für gelebte Beteiligung

Die Lausitz stellt eine besondere Chance für gelebte Demokratie und Beteiligung an politischen Prozessen dar. Politische Entscheidungen über Kohleausstieg und Bergbaufolge-

landschaft betrifft die Menschen vor Ort direkt. Die Landesregierung sollte deshalb Entscheidungen transparent unter Einbezug der Betroffenen treffen. Das Klimabündnis Brandenburg fordert: **"Die Menschen in der Lausitz dürfen nicht „mundtot“ gemacht werden. Eine offene und ehrliche Debatte ist notwendig, um gemeinsam Lösungen für den Strukturwandel zu finden. Dies schafft Vertrauen in den Prozess und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt."** Verschwiegenheitsvereinbarungen und wenig Einsicht in die Folgen des Tagebaus für die Landschaft, den Wasserhaushalt sowie der Kosten für und Rücklagen der Bergbauunternehmen ließen die Bevölkerung im Dunkeln über das Ausmaß des Tagebaus auf die Region und die Steuerzahlenden.

Die Menschen müssen mitgenommen werden und brauchen Planungssicherheit, indem der Kohleausstieg nicht nach "auf Kosten der Allgemeinheit künstlich verlängert", sondern "nach wirtschaftlichen und ökologischen Kriterien" bemessen wird. **Nach Meinung des Klimabündnisses kann der Strukturwandel "nur erfolgreich gelingen, wenn die Menschen vor Ort aktiv in die Planungen einbezogen werden und die Kosten und Schäden ehrlich gemacht werden."** Transparente Kommunikation sei essenziell, um Vertrauen zu schaffen und die Wassersicherheit in der Region zu gewährleisten.

Vorbildwirkung der Landesregierung entfalten

Das Klimabündnis Brandenburg gesteht der Landesregierung aber auch einen konkreten Bildungsauftrag zu. Genauso wie Kultur- und Bildungsträger*innen durch nachhaltige Beschaffung und Bewirtschaftung eine Vorbildrolle für Bildung für nachhaltige Entwicklung einnehmen, muss sich auch die Landesregierung entsprechend verhalten. „Die landeseigenen Institutionen müssen als Vorbilder vorangehen, um eine gerechte und nachhaltige Entwicklung zu fördern“, heißt es in den Forderungen des Klimabündnisses Brandenburg. Schon in der Landesnachhaltigkeitsstrategie und im Klimaplan Brandenburg legt sich die Landesregierung diese Verantwortung selbst auf. **Damit diese Strategien nun auch in die Tat umgesetzt werden, sollte die Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag festschreiben, welche konkreten Schritte sie in der anstehenden Legislaturperiode gehen möchte.**

Das Klimabündnis sieht konkreten Handlungsbedarf: Den Fuhrpark auf energieeffiziente und emissionsarme Fahrzeuge umstellen, die Nutzung des ÖPNV und des Fahrrads unter den Mitarbeitenden fördern, landeseigene Liegenschaften konsequent mit Photovoltaik-Anlagen ausstatten – damit könne die Landesregierung ein Signal für die Prioritätensetzung in der Verkehrs- und Energiewende senden. Weiter fordert das Bündnis, in der Beschaffung auf möglichst nachhaltige, regionale und fair produzierte Produkte zu setzen und einen verbindlichen Klimacheck für alle Gesetzesinitiativen einzuführen, mit der die Regierung sicherstellt, dass alle Gesetze zu einem sozial gerechten und zukunftsfähigen Brandenburg beitragen.

Gute Politik bedeutet eben nicht nur Gesetze schreiben. Gute Politik bedeutet auch, mit gutem Beispiel voranzugehen sowie sich selbst in die Pflicht zu nehmen, transparente Entscheidungen zu treffen und die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen.

Ansprechpartnerin für die Presse:

Magdalena Eder
Klimabündnis Brandenburg
eder@klimabuendnis-brandenburg.de
Mobil: +49 177 189 881 0

Hintergrund Klimabündnis:

Im Klimabündnis Brandenburg organisieren sich Vertreter*innen der Umwelt- und Naturschutz- sowie der Verkehrsverbände und der Klimaaktivist*innen in Brandenburg, um gemeinsam den Klimaschutz im politischen wie öffentlichen Raum zu vertreten. Dem Bündnis gehören an: die Landesverbände des BUND, NABU, Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) und Verkehrsclubs Deutschland (VCD) sowie Extinction Rebellion Potsdam und Fridays For Future Brandenburg. Unterstützt wird das Bündnis durch Scientists4Future, Parents4Future Brandenburg und die Landesverbände der Naturfreunde, BUNDjugend und Naturschutzjugend wie auch sachkundige Privatpersonen.